

Knobloch: „Die AfD existiert für mich nicht“

Die langjährige Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde steht Berufsschülern Rede und Antwort

Von Karin Kleinert

Freilassing. Eine starke Frau, die mit ihren Schilderungen über die Vergangenheit Deutschlands die Zuhörer zutiefst berührte, war innerhalb kurzer Zeit nun bereits zum zweiten Mal im Berchtesgadener Land zu Gast: die Rede ist von Charlotte Knobloch, seit mehr als dreißig Jahren Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie bis 2010 Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland. Die Zeitzeugin der NS-Schreckensherrschaft, die die Schoah als eine der wenigen in Deutschland überlebte, hielt in der Aula der Berufsschule einen Vortrag, an dessen Ende es von mehr als 250 Schülern lang anhaltenden Applaus gab.

In seinen Begrüßungsworten schilderte Schulleiter Hermann Kunkel, wie es dazu kam, dass Charlotte Knobloch nach ihrem Besuch in Ainring am Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei im April (wir berichteten) sich nun auch in Freilassing zu einem Zeitzeugengespräch einfindet. Den Ainringer Vortrag hatte auch Kunkel gehört. Als er Schülern von diesem tief bewegenden Ereignis erzählte, ergriffen diese die Initiative und fragten im Büro von Charlotte Knobloch in München für ein Zeitzeugengespräch an, von wo schnell eine Zusage kam.

Charlotte Knobloch ermunterte die Berufsschüler schon bei der Begrüßung, sich nicht zu scheuen, nach ihrem Vortrag Fragen zu stellen: „Dinge, die man nicht kennt, da entstehen Vorurteile. Sie können alles fragen“. Leise, aber gefasst schilderte sie, die 1932 in gutbürgerlichen Verhältnissen in München als Tochter des Rechtsanwalts Fritz Neuland geborene, ihr bewegtes Leben.

Sie habe, so Knobloch, zuerst gar nicht gewusst, was es bedeutet Jude zu sein. Erst als die Hausmeisterin zu ihr sagte „unsere Kinder dürfen nicht mit Judenkindern spielen“, sei ihr das bewusst geworden und die unbeschwernte Zeit war mit einem Mal vorbei. In den folgenden Jahren seien die Juden wie Freiwild gewesen, sie wurden schikaniert, verloren ihre Ämter, wurden vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. „Das jüdische Leben war entsetzlich“, so Knobloch. Nie vergessen dürfe man, dass Hitler 1933 nicht vom Himmel gefallen sei, sondern dass er gewählt wurde.

Sie erzählt sehr persönliche Dinge, etwa dass sich die nichtjüdische Mutter sehr bald vom Vater scheiden ließ und sie bei der Großmutter aufwuchs. Oder wie



Charlotte Knobloch gab den Berufsschülern mit auf den Weg, sich immer für ein gutes Miteinander von Menschen unterschiedlicher religiöser und nationaler Herkunft einzusetzen. – Foto: Karin Kleinert

ihr Vater mit ihr in die USA hätte auswandern können, das aber nicht tat, weil die geliebte Großmutter kein Visum bekam. Sie erlebte die „Reichskristallnacht“ im November 1938 in München hautnah mit, sah wie die Synagogen brannten, wie jüdische Geschäfte verwüstet wurden, wie Menschen willkürlich verhaftet und deportiert wurden. Sie musste mitansehen, wie ihre Großmutter – „einer meiner liebsten Menschen“ – ins KZ Theresienstadt deportiert wurde. Sie entkam den Nazi-Schergen, weil die Haushälterin des Onkels sie mit auf einen Bauernhof nach Franken nahm und als ihr uneheliches Kind ausgab. Der Vater musste Zwangsarbeit leisten, entging nur knapp der Deportation, überlebte jedoch auch.

Nach Kriegsende 1945 wollte Charlotte Knobloch auswandern und eigentlich nicht nach München zurückkehren und all den Menschen begegnen, die sie so schlecht behandelt hatten. Doch

es kam anders, sie lernte ihren Mann kennen, heiratete, bekam Kinder und wurde in den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde gewählt. So kam es, sagte sie, dass sie sich nun schon seit vielen Jahren für ein gutes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher religiöser und nationaler Herkunft engagiere, doch die Hoffnung, dass das gute Miteinander so bleibt, sei ihrer Meinung nach vorbei. Die im Internet verbreiteten Hasstiraden seien fürchterlich, auch gegen sie persönlich. Sie verstehe nicht, wie eine demokratisch gewählte Partei den Hass gegen andere Religionen und Andersdenkende dermaßen schüren könne. Sehr nachdenklich sagte sie am Ende: „Mir fehlt der Aufschlag der Gesellschaft, mir fehlen Demonstrationen gegen Antisemitismus“.

Im Anschluss durften die Schüler, die den Ausführungen gebannt und mit großem Interesse zugehört hatten, ihre Fragen stellen, und viele nutzten diese wohl

einmalige Chance. Eine Schülerin wollte unter anderem wissen, wie es mit der Erinnerungskultur in Deutschland stehe. Charlotte Knobloch meinte dazu, dass die Gedenkkultur in Deutschland hervorragend sei, denn wer die Vergangenheit nicht kenne, der könne die Zukunft nicht gestalten. Außerdem sei die Thematik stärker im Gespräch als früher und das Interesse dafür habe sich vor allem bei jungen Menschen verbessert (siehe dazu auch den Kasten). Eine andere Schülerin wollte wissen, wie sie mit der AfD umgehe. „Die existiert für mich nicht“, so die 86-Jährige, was für Raunen in der Aula sorgte. „So etwas hat Deutschland nicht verdient, steht zu eurer Vergangenheit und setzt euch für euer Land ein“. Ihrer Meinung nach wäre es eine Katastrophe, wenn eine Volkspartei auch nur überlegen würde, mit der AfD zusammenzugehen.

Knobloch: „Der Osten ist vernachlässigt worden“

Warum sich ihrer Meinung nach die Neonazis vor allem in den neuen Bundesländern ausbreiten, interessierte die Schüler ebenfalls. Da sei, wie Knobloch hervorhob, eine rein politische Frage, aber für sie sei der Osten lange Zeit vernachlässigt worden, obwohl von den Menschen dort viel geleistet wurde. Die Politik habe zu lange zugeschaut und nichts unternommen und nun würden die Umfragen düster aussehen.

Die nächste Frage zielte darauf, ob Juden heute wieder mit Unterdrückung, mit schlechter Behandlung zu kämpfen hätten. Knobloch bejahte dies. Sie sagte, dass sie es nicht für möglich gehalten hätte, dass man in Deutschland jemals einen Antisemitismusbeauftragten brauchen würde, der dann noch dazu Juden davor warnt, nicht überall in Deutschland die Kippa zu tragen. „Das geht nicht, wir sind eine freie Demokratie“, entrüstete sich Knobloch. Eine sehr persönliche Frage kam ziemlich zum Schluss: „Wie haben Sie die Nazi-Zeit verarbeitet?“ Knobloch antwortete, dass man solch schlimme Erlebnisse weder verarbeiten noch vergessen könne, aber dass man sich darüber auch nicht definieren dürfe.

Am Ende der intensiven Gespräche bedankte sich Charlotte Knobloch bei den beeindruckten und teils sehr gerührten Schülern für die Einladung: „Vielen Dank, dass ich hier sein durfte, Sie waren ein tolles Publikum“.

Drei Fragen an Charlotte Knobloch

Für die 86-Jährige Charlotte Knobloch ist Erinnerung an die Nazi-Zeit kein Selbstzweck, sondern ein Mittel um sicherzustellen, dass die dunkelsten Kapitel der deutschen Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Wieso interessieren sich Ihrer Meinung nach heutzutage wieder mehr junge Leute für die Verbrechen der Nazi-Zeit?

Charlotte Knobloch: Die Entwicklungen der letzten Jahre haben leider gezeigt, dass Demokratie und eine offene Gesellschaft keine Naturgesetze sind. Diese Erkenntnis in Verbindung mit der Tatsache, dass immer weniger Zeitzeugen am Leben sind, die aus eigener Anschauung von den Schrecken der NS-Zeit berichten können, hat aus meiner Sicht stark dazu beigetragen, dass auch und besonders die jungen Menschen sich stärker in der Verantwortung fühlen. Gerade in Schulen erlebe ich das heute immer wieder: Während es früher die Lehrer waren, die die Schüler zur Beschäftigung mit dem Thema anhalten mussten, ist es heute genau umgekehrt. Mir macht das mit Blick auf die Zukunft Mut.

Sie sagen, dass der „Stab der Erinnerung“ immer weiter gegeben werden soll, auch wenn es eines Tages keine Zeitzeugen mehr gibt. Wie kann dies gelingen?

Knobloch: Wichtig ist, sich zu vergegenwärtigen, dass Erinnerung kein Selbstzweck ist. Wir gedenken nicht allein um des Gedenkens willen, sondern um sicherzustellen, dass die dunkelsten Kapitel der Vergangenheit sich nicht wiederholen. Dafür trägt jeder einzelne von uns – jung oder alt, jüdisch oder nichtjüdisch – eine persönliche Verantwortung. Das Bewusstsein dafür ohne Zeitzeugen zu vermitteln, ist schwierig, aber nicht unmöglich. Entscheidend ist das persönliche Engagement

derjenigen, die vermitteln sollen. Das gilt besonders für Lehrer, denn Schüler spüren es natürlich sofort, wenn ein Thema einfach nur abgearbeitet wird. Ich halte daher dreierlei für nötig: Erstens sollte das Gedenken im öffentlichen Raum beibehalten und weiter gefördert werden. Zweitens müssen wir die politische Bildung deutlich ausbauen. Sie muss viel früher ansetzen als heute, am besten schon im Kindergarten. Und drittens brauchen wir eine Kultur, die die Erinnerungen der Zeitzeugen, die ja in sehr vielen Fällen schriftlich vorliegen, auf Dauer wertschätzt und weitergibt. Wenn die Überlebenden nicht mehr selbst sprechen können, müssen es diejenigen tun, die sie noch selbst gehört haben.

Wie können wir als Gesellschaft insgesamt besser gegen Antisemitismus, Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit und all die Aggressionen, die immer mehr ganz offen zu Tage treten, einstehen?

Knobloch: Wie gesagt: Wenn wir verstehen, dass Demokratie nicht vom Himmel fällt, sondern immer wieder gegen Radikale und Extremisten erkämpft werden muss, dann ist schon viel gewonnen. Leider habe ich heute das Gefühl, viele Menschen glauben, sie könnten einer rechtsradikalen Partei ihre Stimme geben, ohne dass unser freiheitliches Gemeinwesen Schaden nimmt. Das ist ein Irrtum, aber ich vertraue darauf, dass die demokratische Mehrheit stark genug ist, um sich am Ende durchzusetzen. Die demokratischen Parteien sehe ich dabei natürlich besonders in der Pflicht: Wenn die Wähler sich extremistischen Gruppierungen zuwenden, dann braucht es größere Anstrengungen, um sie zurückzuholen. Auf Dauer können wir nicht im aktuellen Zustand bleiben.

Das Interview führte Karin Kleinert.

LESERBRIEF

Hanebüchene Begründung für Sperre

Zum Bericht „Ist Bauen in der Stadt nicht möglich?“ vom 12. Juli:

„Die Schwächsten Verkehrsteilnehmer haben mal wieder das Nachsehen. Räte, wie Wolfgang Hartmann und Josef Kapik sind zu recht unzufrieden mit der Vorgangsweise der Behörden an der Münchener Straße, den Gehweg und den Radstreifen im Freilassing Stadtzentrum zur Gänze zu sperren. Auch wenn dies nur für einen begrenzten Zeitraum ist, so stellt es gerade für ältere Mitbürger, die teilweise gehbehindert und dann eventuell auf Rollatoren oder ähnliches angewiesen sind, eine erhebliche Behinderung dar.“

Aber auch andere Verkehrsteilnehmer wie Kinder und Jungfamilien mit Kinderwagen werden so zu einem erheblichen Umweg gezwungen, wenn sie sicher die stark befahrene Hauptverkehrsachse überqueren wollen. Mit dem Auto bis ins Geschäft, oder direkt vor das Schaufenster zu

fahren, um sich eine Zeitung zu kaufen, wird offensichtlich in den Amtstuben höher bewertet als die Sicherheit der Fußgänger.

Jedem normalen Bürger leuchtet ein, dass es mit Baustellen auch Engstellen und Einschränkungen geben kann. Aber die hanebüchene Begründung für die derzeitige Lösung, dass den ortskundigen Fußgänger ein paarhundert Meter langer Umweg zugemutet werden kann, dem PKW Nutzer ein paar Meter mehr vom Parkplatz zum Geschäft hingegen nicht, ist selbst einem eingeleichtesten SUV Fahrer schwer vermittelbar.

Leider schließt sich die Mehrheit der Stadträte an den Argumenten der Behörden an und fördert somit die „drive-in“ Mentalität von Autofahrern. Diese Stadträte winken zum Beispiel ganz selbstverständlich einen kreuzungsfreien Anschluss ans Badylon durch. Gesamtkosten von 3,4 Millionen spielen hierfür keine Rolle. Stattdessen hat man für vernünftige Fußgängerüberwege am Mittelweg – Fürstenweg oder auch am

Rupertus-Steg Nordseite keine Mittel über, weil für solche Maßnahmen schlichtweg der Wille fehlt. Ganz zu schweigen von dem von vielen Bürgern geforderten direkten barrierefreien Bahnsteigzugang vom Norden der Stadt her.

Solange sich in den Köpfen der Behördenverantwortlichen, aber auch so mancher Stadträte, nicht die Erkenntnis durchsetzt, dass Fußgänger sich klimaneutral und leise und unangefochten am kostengünstigsten fortbewegen, wird der Freilassing Fußgänger weiterhin der Verlierer sein.“

Kaspar Müller
Freilassing

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Ein Anspruch auf Abdruck besteht nicht. Die Redaktion behält sich das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Bitte geben Sie Ihre Adresse und Telefonnummer für eventuelle Rückfragen an.

Adresse: Freilassing Anzeiger / Südbayerische Rundschau, Lindenstraße 17a, 83395 Freilassing, E-Mail: red.freilassing@vvgp.de.

Vogler leitet künftig Lions Club

Angela Aicher zieht sich als Präsidentin zurück

Freilassing. Er hatte bereits seinen ersten großen Einsatz beim Freilassing Entenrennen 2019 (wir berichteten): Prof. Dr. Thomas Vogler ist neuer Präsident des Lionsclubs Freilassing-Salzbürger Land. Vor der Amtsübergabe blickte die bisherige Präsidentin Angela Aicher im „Cool Mama“ in Salzburg auf ein ereignisreiches Jahr zurück, wie der Lions Club in einem Pressebericht schreibt.

Dieses hatte mit dem Entenrennen 2018 begonnen. Über 400 zum Teil liebevoll verkleidete Renntenten wurden auf eine etwa 500 Meter lange Strecke auf die Sur geschickt. Ferner kamen die Mitglieder das vergangene Jahr über zu mehreren geselligen Anlässen zusammen: Etwa beim „Jumelagebesuch“ des befreundeten Lionsclubs Wien St.Rochus im Berchtesgadener Land. Gemeinsam mit den Wienern wurde unter anderem der Predigtstuhl besucht. Ein weiterer Höhepunkt im Lions-Jahr sei der gemeinsame Weihnachtsstammtisch mit dem



Bei der Übergabe des Präsidentenstein: Die bisherige Präsidentin Angela Aicher mit ihrem Nachfolger Prof. Dr. Thomas Vogler. – F.: Lions Club

Lionsclub Waginger See und dem Distrikt Govenar Besuch gewesen. Nach der Rückschau bedankte sich Angela Aicher bei den Lions Mitgliedern mit verschiedenen

Ehrungen für ihren Einsatz und ihr Engagement. Anschließend übergab sie traditionell den Präsidentenstein an Prof. Dr. Thomas Vogler. – red